



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEKONFERENZ

Frankfurt am Main, 9. Januar 2014

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Zunächst wünsche ich Ihnen allen ein gutes neues Jahr. Ferner möchte ich an dieser Stelle Lettland als achtzehntes Land, das den Euro als seine Währung eingeführt hat, herzlich willkommen heißen. Dementsprechend ist Herr Rimšēvičs als Präsident der Latvijas Banka seit dem 1. Januar 2014 Mitglied des EZB-Rats. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die jüngsten Daten und die Analyse haben unsere bisherige Einschätzung erneut bestätigt. Der zugrunde liegende Preisdruck im Euro-Währungsgebiet dürfte auf mittlere Sicht gering bleiben. In dieses Bild passt auch, dass das Geldmengen- und das Kreditwachstum nach wie vor verhalten sind. Gleichzeitig sind die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten. Eine solche Konstellation deutet unverändert darauf hin, dass der Euroraum über einen längeren Zeitraum hinweg niedrige Inflationsraten verzeichnen könnte; später dürfte es dann zu einem allmählichen Anstieg hin zu einer Preissteigerung von unter, aber nahe 2 % kommen. Vor diesem Hintergrund weisen wir mit Nachdruck darauf hin, dass wir unseren akkommodierenden geldpolitischen Kurs so lange wie erforderlich beibehalten werden, was die allmähliche Konjunkturerholung im Eurogebiet stützen wird. Entsprechend bekräftigen wir ausdrücklich unsere Forward Guidance, der zufolge wir nach wie vor davon ausgehen, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem

niedrigeren Niveau bleiben werden. Wie zuvor dargelegt, beruht diese Einschätzung auf den auch mittelfristig insgesamt gedämpften Inflationsaussichten vor dem Hintergrund der allgemein schwachen Wirtschaft und der verhaltenen Geldmengenentwicklung. Was die Bedingungen am Geldmarkt und deren mögliche Implikationen für unseren geldpolitischen Kurs betrifft, so beobachten wir die Entwicklung genau und sind bereit, alle verfügbaren Instrumente in Erwägung zu ziehen. Insgesamt sind wir weiterhin entschlossen, den hohen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten und gegebenenfalls weitere entschiedene Maßnahmen zu ergreifen.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale BIP des Euro-Währungsgebiets stieg im dritten Vierteljahr 2013 um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal, nachdem es sich im zweiten Jahresviertel um 0,3 % erhöht hatte. Die Oktober-Daten zur Entwicklung der Industrieproduktion deuten zwar auf einen schwachen Start in das vierte Quartal hin, doch die umfragebasierten Vertrauensindikatoren, die für den Zeitraum bis Dezember verfügbar sind, haben sich – ausgehend von niedrigen Werten – weiter verbessert, was insgesamt auf eine Fortsetzung der allmählichen konjunkturellen Erholung hindeutet. Mit Blick auf die Jahre 2014 und 2015 dürfte sich die Produktion langsam erholen, insbesondere aufgrund einer leichten Belebung der Binnennachfrage, die durch den akkommodierenden geldpolitischen Kurs gestützt wird. Darüber hinaus dürfte die Konjunktur im Euroraum von einer allmählichen Zunahme der Nachfrage nach Exporten des Eurogebiets profitieren. Überdies scheinen die allgemeinen Verbesserungen, die seit dem Sommer 2012 an den Finanzmärkten zu verzeichnen sind, auf die Realwirtschaft durchzuwirken, und auch die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung sollten auf die Realwirtschaft durchschlagen. Zudem hat sich der schwächere Anstieg der Energiepreise in letzter Zeit positiv auf die Realeinkommen ausgewirkt. Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit im Euroraum nach wie vor hoch, und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor werden die Wirtschaftsentwicklung weiterhin belasten.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet sind nach wie vor abwärtsgerichtet. Die Entwicklung der Bedingungen an den globalen Geld- und Finanzmärkten sowie damit verbundene Unsicherheiten könnten sich negativ auf die Konjunkturlage auswirken. Zu den anderen Abwärtsrisiken zählen höhere Rohstoffpreise sowie die Möglichkeit, dass die inländische Nachfrage und das Exportwachstum schwächer als erwartet ausfallen, und eine langsame oder unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in den Ländern des Euroraums.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Dezember 2013 auf 0,8 %, verglichen mit 0,9 % im November. Dieses Ergebnis entsprach weitgehend den Erwartungen und spiegelte einen geringeren Preisauftrieb bei den Dienstleistungen wider. Auf der Grundlage der derzeitigen Terminpreise für Energie dürften die jährlichen Inflationsraten auch in den kommenden Monaten in etwa auf dem aktuellen Niveau liegen. Auf mittlere Sicht dürfte der zugrunde liegende Preisdruck im Euroraum

gedämpft bleiben. Gleichzeitig sind die mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung werden auf mittlere Sicht weiterhin als weitgehend ausgewogen angesehen, wobei sich Aufwärtsrisiken aus höheren Rohstoffpreisen sowie aus stärker als erwartet steigenden administrierten Preisen und indirekten Steuern und Abwärtsrisiken aus einer schwächer als erwartet verlaufenden Konjunktur ergeben.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die Daten für November die Einschätzung einer weiterhin verhaltenen Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3) und des Kreditvolumens. Die jährliche Wachstumsrate von M3 lag im November weitgehend unverändert bei 1,5 % nach 1,4 % im Oktober und zwei aufeinanderfolgenden Rückgängen im September und im August. Das Jahreswachstum der Geldmenge M1 war mit 6,5 % nach wie vor kräftig, worin sich eine Präferenz für liquide Mittel widerspiegelt, wenngleich es unter dem im April 2013 verzeichneten Höchststand von 8,7 % lag. Wie bereits in vergangenen Monaten wurde das jährliche M3-Wachstum hauptsächlich von einem Anstieg der Nettoauslandsposition der MFIs getragen, worin sich weiterhin das erhöhte Interesse der internationalen Anleger an Vermögenswerten des Euroraums widerspiegelte. Die Jahresänderungsrate der Buchkredite an den privaten Sektor blieb schwach. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im November bei 0,3 % und ist damit seit Anfang 2013 weitgehend unverändert geblieben. Die ebenfalls um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften betrug im November -3,1 % nach -3,0 % im Oktober. Insgesamt kommen in der schwachen Entwicklung der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck.

Seit Sommer vergangenen Jahres hat sich die Refinanzierungssituation der Banken erheblich verbessert. Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Euro-Ländern ist es wichtig, dass die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter abnimmt und die Widerstandsfähigkeit der Banken erforderlichenfalls erhöht wird. Durch die anstehende umfassende Bewertung der EZB wird dieser Vertrauensbildungsprozess weiter gestärkt. Zudem werden die Bilanzprüfungen die Qualität der verfügbaren Informationen zur Situation der Banken verbessern und dazu führen, dass notwendige Korrekturmaßnahmen erkannt und umgesetzt werden. Eine zeitnahe Durchführung weiterer

Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenunion werden dabei helfen, das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherzustellen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der wirtschaftlichen Analyse zufolge der Euroraum über einen längeren Zeitraum hinweg niedrige Inflationsraten verzeichnen könnte; später dürfte es dann zu einem allmählichen Anstieg hin zu einer Preissteigerung von unter, aber nahe 2 % kommen. Die **Gegenprüfung** anhand von Signalen aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so ist es von wesentlicher Bedeutung, dass die Bemühungen der Vergangenheit nicht nachlassen und der Prozess der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung anhält. Die haushaltspolitischen Strategien sollten im Einklang mit dem Fiskalpakt stehen und eine wachstumsfreundliche Gestaltung der Konsolidierungsmaßnahmen gewährleisten, indem die Qualität und Effizienz öffentlicher Dienstleistungen verbessert und gleichzeitig die durch die Besteuerung bedingten Verzerrungseffekte so gering wie möglich gehalten werden. Sofern parallel dazu eine entschlossene Umsetzung von **Strukturenreformen** erfolgt, wird sich dies zusätzlich stützend auf die allmähliche wirtschaftliche Erholung des Euro-Währungsgebiets und positiv auf die öffentlichen Finanzen auswirken. Durch Reformen der Arbeits- und Gütermärkte und eine konsequente Umsetzung der Binnenmarktpolitik wird besonderes Augenmerk auf die Verbesserung der Aussichten für das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in einem von hoher Arbeitslosigkeit geprägten Umfeld gelegt.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.